

VORSORGE

Haben die Versicherer versagt?

Von [Lutz Reiche](#)

Die Lebensversicherer in Deutschland tragen eine soziale und gesellschaftliche Verantwortung, wie sie selbst gern betonen. "Ihre Versorgungsfunktion für die Bevölkerung erfüllt die Branche aber nicht", kritisieren Branchenkenner. Die Lobbyorganisation der Assekuranz ist empört, spricht von Realitätsferne und irreführenden Zahlen.

Hamburg - Verbraucherschützer und Branchenexperten bemängeln immer wieder, viele Deutsche würden schlecht beraten und seien unterversichert oder überversichert - in jedem Fall aber falsch versichert. Das gilt auch für den Schutz vor existenziellen Risiken, wie **Map-Report** jetzt mit neuen Zahlen zu belegen glaubt. Für diese Fehlentwicklung macht der Branchendienst in erheblichem Maße die Lebensversicherer mit verantwortlich und zieht sich damit den Zorn der Versicherungslobby zu.



Mit den Rentenreformen der vergangenen Jahre hat sich der Staat zusehends aus der kollektiven Verantwortung für seine Bürger zurückgezogen. Anstatt aber die Steilvorlagen der Politik umzusetzen, ließe die Assekuranz die Menschen mit wichtigen Risiken und Problemen mehr oder weniger allein, kritisiert **Map-Report-Chef Manfred Poweleit**.

"Der Staat hat einen Teil der gesellschaftlichen Verantwortung an die privatwirtschaftlichen Lebensversicherer übertragen. Ihre Versorgungsfunktion für die Bevölkerung erfüllt die Branche aber nicht", sagt Poweleit im Gespräch mit [manager-magazin.de](#). Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft weist die Kritik zurück.

© DDP

Allein gelassen: Die Lebensversicherer in Deutschland kümmern sich zu wenig um die existenziellen Risiken und Probleme der Bürger, behauptet der namhafte Branchendienst Map-Report.

Für seine Thesen hat Map-Report die Bilanzen und Geschäftsberichte von rund 90 Lebensversicherern durchforstet und glaubt dort auf erschreckende Erkenntnisse gestoßen zu sein.



Beispiel Berufsunfähigkeit: In Deutschland werden jährlich bis zu 200.000 Menschen berufsunfähig, weil Psyche oder Körper versagen. Sie können ihren Job nicht mehr in gewohnter Form ausüben oder scheiden ganz aus dem Berufsleben aus. Einen Anspruch auf eine Berufsunfähigkeitsrente nach altem Muster hat dann grundsätzlich nur, wer vor dem 2. Januar 1961 geboren ist. Alle anderen Menschen müssen sich mit einer Erwerbsminderungsrente begnügen.

betrachtet scheidet jeder fünfte Bundesbürger vorzeitig aus seinem Job aus. Doch die wenigsten sind dagegen versichert - und das auch nur unzureichend.

Doch der Gesetzgeber hat Hürden aufgebaut. Nur wer täglich weniger als drei Stunden arbeiten kann, erhält die volle Erwerbsminderungsrente. Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3000 Euro sind das grob gerechnet 1000 Euro Monatsrente, haben Experten ausgerechnet. Wem die Ärzte eine Arbeitsfähigkeit von drei bis sechs Stunden täglich attestieren, muss bei dieser Einkommensklasse mit rund 500 Euro auskommen - zuwenig zum Leben, zuviel zum Sterben.

Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass statistisch jeder fünfte Bundesbürger berufsunfähig wird, wäre also private Vorsorge angezeigt. Doch nur die wenigsten Deutschen sichern das Risiko der Berufsunfähigkeit ab. Jene aber, die vorsorgen, müssten sich laut Map-Report mit einer durchschnittlichen BU-Rente von 456 Euro begnügen. "Wie damit der Lebensunterhalt abgesichert werden soll, ist uns ein Rätsel", sagt Poweleit. An Bedarf der Menschen mangelt es also nicht. Doch anstatt das Thema ernsthaft anzupacken, ignorierten es viele Lebensversicherer, ließen sie diesen "Zukunftsmarkt" weitgehend links liegen.

Trotz Riester - 223 Euro Monatsrente im Schnitt

Eine "zweite Pleite" glaubt Map-Report mit Blick auf die private Rentenversicherung ausgemacht zu haben. Immerhin: Seit klar ist, dass die gesetzliche Rente künftig kaum mehr als eine Basisversorgung im Alter sein wird und der Staat das Altersvorsorgesparen mit Zulagen und Steuerersparnis kräftig unterstützt, machen die Deutschen auch verstärkt mit. Die Zahl der staatlich geförderten Riester-Policen soll bis Ende dieses Jahres auf zehn Millionen steigen, schätzt die Versicherungsbranche.



© manager-magazin.de

"Assekuranz hat versagt":
Versicherungsexperte und scharfer Kritiker Poweleit

Doch der Schein trügt, meint Map-Report. So sei die durchschnittlich abgeschlossene Monatsrente in den vergangenen zehn Jahren gerade einmal um 20 Euro auf 223 Euro gestiegen - trotz oder gerade wegen des Riester-Booms.

Auch beim Rückzug des Staates aus der Hinterbliebenenversorgung müsse die Assekuranz "passen", sagt Poweleit. Mit einer Kapitallebensversicherung, Risikolebensversicherung oder fondsgebundenen Lebensversicherung kaufen die Kunden Todesfallschutz für die Hinterbliebenen ein. Rund 57 Millionen Policen dieser Art weist die Statistik aus. Im Todesfall werfen diese Verträge im Schnitt 26.000 Euro ab. Nach Abzug der Beerdigungskosten könne eine Witwe mit einem Kind davon "keine zwei Jahre leben", stellt Map-Report trocken fest.

Folgt man den Zahlen des namhaften Branchendienstes, wären die Deutschen in wichtigen Bereichen ihres Lebens schlecht versichert und unterversorgt. Eine wesentliche Mitschuld an dieser Entwicklung schreibt Poweleit den Versicherern zu.

Viele Bundesbürger seien zweifelsohne nicht sonderlich motiviert, von sich aus diese Fragen anzugehen, räumt der Experte ein. Um so mehr sei die Assekuranz gefordert.

Doch anstatt die vom Staat übertragene Verantwortung bewusst umzusetzen, beschäftigten sich viele Versicherer lieber mit sich selbst, mit Programmen zur Umstrukturierung und Kostensenkung zum Beispiel, knebelten ihre Vertriebe oder sie verfolgten Fusionspläne, in deren Folge sich die erhofften Synergieeffekte zumeist ohnehin nicht einstellten.

Haben die Lebensversicherer in Deutschland also versagt? Wohl kaum, wenn man sie beim Wort nimmt. Vorstände von Lebensversicherungen betonen gern ihre "soziale Verantwortung", wenn sie über die Vorsorge der Bürger in Deutschland sprechen. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) bekennt sich zu seinem "Marktauftrag, der Vorsorge heißt" und GDV-Präsident Bernhard Schareck formuliert, die Branche sei in der Lage, "ihren unverzichtbaren Beitrag zum Wohlstand unserer Gesellschaft zu leisten".

"Durchschnittswerte verzerren die Vorsorgewirklichkeit"

Da darf es nicht wundern, dass die Lobbyorganisation arg verstimmt auf die Map-Report-Vorwürfe reagiert. "Es ist einfach unzulässig, Durchschnittszahlen in den Raum zu stellen, mögliche andere Einkünfte oder Vermögen der Menschen auszublenden und daraus eine Unterversorgung der Bevölkerung abzuleiten, an der per se auch noch die Versicherungswirtschaft schuld sein soll", ärgert sich GDV-Sprecher Peter Schwark. Die Durchschnittswerte für einzelne Bereiche verzerrten die Vorsorgewirklichkeit in Deutschland. Zugleich blende Map-Report aus, dass die Menschen auf mehreren Wegen vorsorgten und diese kombinierten.



Doch der Reihe nach.

Mit Blick auf die Berufsunfähigkeit (BU) erklärt GDV-Sprecher Schwark, dass die Menschen mit dem Abschluss einer BU-Police ganz unterschiedliche Vorsorgeziele verfolgten. Manche strebten eine Vollversorgung im Fall der Berufsunfähigkeit an, andere betrachten die Leistungen aus dem Vertrag lediglich als eine ergänzende Zahlung zu anderen Erlösen. Diese Tatsache beeinflusse selbstverständlich die durchschnittliche BU-Rente aller Verträge.

© DPA

Schlecht beraten? Wer für bestimmte Risiken keinen Versicherungsschutz wünscht oder sich ihn nicht leisten kann, dem dränge man auch keine Police auf, behauptet der GDV.

"Der Kunde trägt selbst die Verantwortung"

Viele der als berufsunfähig anerkannten Menschen gingen einer anderen als der bislang ausgeübten Tätigkeit nach und besserten mit der BU-Rente ihr in der Regel dann niedrigeres Gehalt auf, sagt Schwark. Diese Versicherten hätten ihre Police von Anfang an als Ergänzungsversicherung interpretiert und auch so abgeschlossen. "Herr Poweleit sollte diese Tatsache allmählich akzeptieren, anstatt mit durchschnittlichen Zahlen zu verwirren", kritisiert Schwark.

Die Berufsunfähigkeitsversicherung ist eine wichtige Police, deren Abschluss der Kunde auf jeden Fall prüfen sollte - und das möglichst in jungen Jahren. Denn die Prämien steigen mit zunehmendem Alter und können schnell die Marke von monatlich 100 Euro übersteigen. Wer das im Verhältnis zur abgesicherten Leistung als zu viel empfinde und sich gegen eine Police entscheide, stelle damit eine persönliche Kosten-Nutzen-Relation auf. Dafür trage der Kunde die Verantwortung und nicht der Vermittler oder die Branche, wie Map-Report es unterschwellig unterstelle, betont der GDV-Sprecher weiter.

"Der Versicherungsmarkt ist ein Verkäufermarkt"

Die Lebensversicherer bemühen sich, die Berufsunfähigkeitsversicherung verstärkt in den Markt zu bringen, und die Zahl dieser Policen steige. "Natürlich, könnten es mehr sein", räumt Schwark ein. Man werde dem Kunden aber nicht Versicherungsschutz aufdrängen, wenn er diesen Schutz nicht wünsche oder sich nicht leisten könne.

Selbstverständlich entscheide der Kunde selbst, sagt Poweleit und formuliert zugleich eine weit verbreitete Einschätzung: "Der Versicherungsmarkt in Deutschland ist ein Verkäufer- und kein Käufermarkt." Mit anderen Worten: Die Mehrheit der Menschen vertraut nach wie vor dem Rat des Maklers oder Versicherungsvermittlers. Produkte, die sie empfehlen, finden in der Regel auch ihren Absatz. Und schließlich zähle zu den Beratungspflichten eines Vermittlers, dass er seine Kunden über die Folgen mangelnden Berufsunfähigkeitschutzes aufkläre. Die geringe Durchdringung der Bevölkerung mit BU-Policen zum Beispiel nähere den Verdacht, dass die Vermittler diesen Pflichten nur unzureichend nachkommen.

"Gerade in der Altersvorsorge unterversichert"

Zu den Rentenversicherungen: Rund 80 Millionen der 94 Millionen zählenden Lebensversicherungen sind kapitalbildende Verträge. Das heißt, sie werden also auch zur finanziellen Vorsorge für das Alter abgeschlossen. Laut GDV investiere jeder Einwohner in Deutschland weniger als 1000 Euro jährlich in Lebensversicherungen. In Ländern, wo die kapitalbildende Altersvorsorge früher begonnen hat, seien es zwei- bis dreimal so viel Versicherungsbeitrag je Einwohner. "Hierzulande ist man also ... gerade in der Altersvorsorge deutlich unterversichert", stellt der GDV fest.



Eine Steilvorlage für die Kritiker von Map-Report?

Der GDV macht geltend, dass die Geschichte der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge in Deutschland zum einen eben noch vergleichsweise jung ist. Zum anderen verschweige die von Map-Report errechnete Zahl von 223 Euro monatlicher Durchschnittsrente einen wichtigen Aspekt. Der Boom der Riester-Rente habe den Schnitt stark vermindert, da zahlreiche Policen Ehegatten- oder Kleinverdienerverträge seien, die erheblich niedrigere Durchschnittsbeiträge aufwiesen als Verträge der herkömmlichen privaten Rentenversicherung.

© DPA

Geld vom Sozialamt: Ohne staatliche Unterstützung kommen viele Menschen nicht über die Runden - selbst wenn sie arbeiten.

Zudem ignorierten Durchschnittsbetrachtungen, dass viele Versicherte den privaten und betrieblichen Vorsorgeweg mit einander kombinierten. Dies senke besagten Schnitt ebenfalls. Und schließlich sorgten die Menschen eben nicht nur mit Rentenverträgen für das Alter vor. "Diese Durchschnittswerte übersehen einfach sehr viel", sagt Schwark.

"Verquere und realitätsfremde Rechnung"

Auf die sprichwörtliche Palme bringen den Verbandssprecher die Ausführungen Poweleits zur Hinterbliebenenversorgung. Dass in Deutschland eine Witwe mit Kind im Todesfall des Lebenspartners gerade mal zwei Jahre aus dem Erlös der Police leben könne, die eigens dafür abgeschlossen wurde, "sei eine verquere und realitätsfremde Rechnung", ärgert sich Schwark. Sie lasse staatliche Leistungen ebenso außer Acht wie die jeweils individuelle Vorsorgesituation von Familien.

Wer eine Risikolebensversicherung oder andere Police mit Todesfallschutz abschließen, überlege sich in der Regel sehr genau, wie hoch die Versicherungssumme für die

Hinterbliebenen sein müsse. In die Rechnung gingen dann die selbstbewohnte und womöglich abbezahlte Immobilie genauso ein wie staatliche Ansprüche aus einer Witwen- und Waisenrente, Kindergeld und andere Zahlungen.

Staatliche Leistungen für Hinterbliebene reichen nicht

Die durchschnittlich gezahlte Witwenrente in Deutschland betrage etwa 540 Euro monatlich. Und eine junge Witwe mit Kind erhalte mit der Halbweisenrente (200 Euro) und dem Kindergeld (154 Euro) durchschnittlich 950 Euro allein an staatlichen Leistungen. Dazu kämen noch mögliche eigene Erwerbseinkünfte und bei niedrigen Gesamteinkünften Wohngeldansprüche.



"Eine Analyse der durchschnittlichen Vorsorgesituation von Familien springt deshalb einfach zu kurz, wenn sie einen Lebensversicherungsschutz von nur 26.000 Euro im Schnitt unterstellt", kritisiert GDV-Sprecher Schwark.

Map-Report macht dagegen geltend, dass nach Berechnungen offizieller Stellen eine alleinerziehende Witwe mit Kind in Deutschland bereits 1100 Euro monatlich benötige, "um nicht in die Armutsfalle zu laufen". Dafür würden die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zusammen mit den durchschnittlichen Zahlungen aus einer Lebensversicherung aber nicht reichen, sagt Poweleit. Nur mit eigener Erwerbstätigkeit und zusätzlichen Sozialleistungen des Staates werde die alleinerziehende Witwe halbwegs über die Runden kommen. "Dabei haben es die Lebensversicherer als ihre Aufgabe definiert, den Lebensstandard der Menschen mit ihren Produkten zu sichern. Mit Verlaub, diese Aufgabe erfüllen sie nicht", kritisiert der Map-Report-Chef.

© DPA

Witwenrente reicht nicht: Im Todesfall des Partners können Witwen mit Kind auf staatliche Unterstützung zählen. Fließt zusätzlich Geld aus einer Lebensversicherung, reicht das in der Regel dennoch nicht für den einst gewohnten Lebensstandard.

Immer öfter vernehme der Versicherungsexperte Signale aus Berlin, dass die Politik "dieses Versagen der Lebensversicherungswirtschaft" mit Unruhe verfolge. "Die private Krankenvollversicherung stand noch vor kurzem vor dem Aus. Wer sagt den deutschen Lebensversicherern eigentlich, dass ihnen nicht auch Ähnliches droht, wenn sie nicht endlich ihre Hausaufgaben machen?", warnt Poweleit.

Für derlei Szenarien sieht man in der Branche indes nicht das geringste Anzeichen.